



## MONATSBRIEF UNGARN

MITTWOCH, 6. JULI 2022

### Nachwahlen in den Kommunen

Aufgrund des COVID-Ausnahmestands sowie des Moratoriums vor den Parlamentswahlen konnten die Nachwahlen in den Kommunen, die aufgrund von Rücktritten, Todesfällen und Amtswechseln erforderlich waren, erst jetzt nachgeholt werden. Insgesamt mussten 160 Kommunalwahlen durchgeführt werden. Die Wahlkommissionen hatten bis zum 25. April Zeit, die früher abgesagten Nachwahlen so anzusetzen, dass der Wahltag zwischen dem 70. und dem 90. Tag nach den Parlamentswahlen liegen musste. Der früheste Termin für die Nachwahlen war daher der 19. Juni, der späteste der 3. Juli.

Die Mehrheit der kommunalen Ämter konnten, wie bei früheren Wahlen, die unabhängigen Kandidaten für sich entscheiden, jedoch legten insbesondere die Politiker der Regierungsparteien Fidesz-KDNP zu. So gewannen in Budapest drei Kandidaten von Fidesz-KDNP einen Sitz in den Bezirksräten, jedoch nur ein Oppositionspolitiker, der zudem weitaus schlechter abschnitt als noch bei den Kommunalwahlen im Jahre 2019. Oberbürgermeister Karácsony bezeichnete den Ausgang der Wahlen als „ein enttäuschendes Ergebnis, es wäre sinnlos es zu leugnen, es gibt keinen Grund, es zu beschönigen“. Auch in den Oppositionshochburgen Dunaújváros, Budaörs, Szeged und Eger konnten sich die Fidesz-Kandidaten überraschenderweise durchsetzen. In den Kleinstädten Balatonalmádi und Izsák gewannen die Fidesz-Kandidaten zudem das Rennen um das Bürgermeisteramt. In Keszthely trat sogar allein der Kandidat der Regierungspartei an.

Anzumerken ist jedoch, dass die Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen in der Regel gering ist, diesmal lag sie bei nur 21 % (bei den letzten immerhin bei 29 %). Auch wegen der ortsspezifischen Umstände sind Experten grundsätzlich vorsichtig, wenn es darum geht, Trends bei den Kommunalwahlen auf die Landespolitik zu übertragen.

### Neue (alte) Bezeichnungen für Regierungsbeauftragte und Komitate

Seit dem 1. Januar 2011 werden die Regierungsämter in der Hauptstadt und den Komitaten in Ungarn von Regierungsbeauftragten (kormánybiztos) geleitet, die vom Ministerpräsidenten ernannt werden. Ein Gesetzesvorschlag des Finanzministers Mihály Varga von Mitte Juni sieht nun die Wiedereinführung der historischen Bezeichnung „Obergespan“ (főispán) statt der gegenwärtig gebrauchten Form „Regierungsbeauftragter“ vor. Damit solle die heutige Administration enger mit der Begriffswelt der ungarischen Staatsverwaltung vor dem Kommunismus verknüpft und die verfassungsrechtlichen Traditionen der tausendjährigen ungarischen Staatlichkeit erhalten werden. Auch in den europäischen Ländern gebe es viele Beispiele für die moderne Verwendung von Begriffen, die auf frühere Zeiten zurückgehen, so Varga. Als Beispiel nannte er die angelsächsischen Länder, wo vielerorts der Begriff „Alderman“, also Ratsherr, noch heute für die gewählten Leiter der Kommunalverwaltungen

verwendet wird. Das Amt des Obergespan bestand jahrhundertlang bis zu seiner Abschaffung im Jahre 1950.

Parallel dazu brachte Fidesz-Fraktionsvorsitzender Máté Kocsis eine Initiative zur Änderung des Artikels 11 des Grundgesetzes ein, die die Umbenennung der Komitate (megye) in die früher so bezeichneten „Burgkomitate“ (vármegye) zum Ziel hätte. Die Verwendung des Wortes „vármegye“ wurde durch das kommunistische Regime abgeschafft, das mit dem früheren ungarischen Verfassungs- und Staatsverwaltungssystem vollständig brechen wollte. Mit der Wiedereinführung der Bezeichnung „Burgkomitat“ könne man die Idee der nationalen Einheit, die Bewahrung der gemeinsamen historischen Erinnerungen und den nationalen Charakter der ungarischen Demokratie stärken, heißt es in der Gesetzesbegründung. Für den Vorschlag ist die Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Parlaments erforderlich.

Kritik an dem Vorhaben kam unter anderem vonseiten des Budapester Oberbürgermeisters Gergely Karácsony, welcher die Vorschläge wie folgt kommentierte: „Erst ein Obergespan, dann ein Burgkomitat, und wenn die Regierung in diesem Tempo in der Zeit zurückgeht, wird daraus noch ein Königreich.“ Tibor Navracsecs, Minister ohne Geschäftsbereich für Regionalentwicklung und die Verwendung von EU-Mitteln, erklärte nach Rückfragen jedoch, dass sich die Zuständigkeiten und Aufgaben durch die Umbenennung nicht ändern würden und es sich lediglich um einen symbolischen Akt handele.

Mehr über die Geschichte und Gegenwart der ungarischen Verwaltungsgliederung erfahren Sie in unserem Faktenwissendossier [Das System der Komitate in der Kommunalverfassung von Ungarn](#).

### **Vorschlag zur Reform der Europäischen Union**

In einem jüngst vorgelegten Entschließungsantrag der Fidesz-KDNP gaben führende Politiker beider Parteien Vorschläge zur künftigen Neuordnung der Europäischen Union aus ungarischer Sicht. Diese könnten auch auf eine Erklärung in Straßburg von Dubravka Suica, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, gefolgt sein, in welcher die Bereitschaft signalisiert wurde, die Gründungsverträge der EU zu ändern.

Der Fidesz-KDNP-Vorschlag der Parlamentarier an die ungarische Regierung sieht vor, das Europäische Parlament in seiner jetzigen Form abzuschaffen. Diesen unterzeichneten Parlamentspräsident László Kövér, der stellvertretende Ministerpräsident der KDNP, Zsolt Semjén, der Fraktionsvorsitzende der KDNP, István Simicskó, und der Fraktionsvorsitzende von Fidesz, Máté Kocsis. Anstelle des jetzigen EU-Parlaments schlagen sie vor, die nationalen Parlamente innerhalb der EU zu stärken, indem die EU-Abgeordneten künftig nicht mehr direkt, sondern aus den Reihen der Nationalparlamente gewählt werden sollen. Darüber hinaus würden die Abgeordneten allen nationalen Parlamenten ein Vetorecht gegen EU-Gesetze einräumen und ihnen und den nationalen Regierungen das Recht garantieren, neue EU-Gesetze initiieren zu können. Zu ihren weiteren Vorschlägen zählen etwa die vertragliche Festhaltung der christlichen Grundlagen der EU, die Streichung der Klausel über die „ever closer union“, die Aufstellung einer gemeinsamen europäischen Armee sowie die schnelle EU-Integration der Balkanländer. Die FIDESZ-KDNP-Parlamentarier forderten überdies, dass die Brüsseler Institutionen über kein Mitspracherecht bei Fragen der Einwanderungspolitik verfügen sollten.

Die Debatte über die Umstrukturierung der EU wurde am 23. und 24. Juni zunächst im Europäischen Rat geführt, wo Ministerpräsident Viktor Orbán die Gelegenheit hatte, diese Grundsätze einzubringen. Dort trafen die EU-Staats- und Regierungschefs im Vorfeld auch mit ihren Kollegen aus den Westbalkanländern zusammen. Damit die Entschließung rechtsverbindlich werden kann, müsste allerdings selbstverständlich zunächst das ungarische Parlament darüber abstimmen. In ihrer jetzigen Form handelt es sich bei der Erklärung lediglich um eine Aufforderung an die Regierung, einen Standpunkt zu vertreten, die aber keine rechtlichen Konsequenzen trägt.

### **Ungarn unterstützt Kandidatenstatus der Ukraine und Moldawien**

Ungarn unterstützt die einvernehmliche EU-Position, der Ukraine sowie Moldawien einen Kandidatenstatus für den EU-Beitritt zu verleihen. Diese Position wurde im Juni offiziell verkündet, nachdem sich Ministerpräsident Orbán im Vorfeld in gemeinsamen Telefongesprächen mit seinen ukrainischen und moldawischen Kollegen ausgetauscht hatte. Mit seiner Amtskollegin, der moldawischen Ministerpräsidentin Natalia Gavrilița, hatte Orbán am 16. Juni über den Krieg in der Ukraine und die europäische Integration Moldawiens telefoniert. Orbán begrüße den Plan der moldawischen Regierung, dem Land den Status eines EU-Beitrittskandidaten zu verleihen. Ungarn werde die EU-Integration der Republik Moldau während des gesamten Prozesses bis zum Beitritt unterstützen, so sein Pressesprecher.

Am 21. Juni folgte der ukrainische Präsident Wladimir Selenski. Orbán sagte im Gespräch mit diesem, dass Ungarn bereits fast 800.000 ukrainische Flüchtlinge aufgenommen habe und bereit sei, weiter im Energiebereich zusammenzuarbeiten, ukrainisches Getreide mit der Bahn zu transportieren und mehr ukrainische Studenten aufzunehmen. Während des Gesprächs betonte Orbán, dass Ungarn die Bewerbung der Ukraine um den EU-Kandidatenstatus unterstützen werde und dass bürokratische Hindernisse für den tatsächlichen Beitritt der Ukraine zur EU so schnell wie möglich beseitigt werden sollten. Der ungarische Premierminister teilte dem ukrainischen Staatschef mit, dass er diese Position auf dem EU-Gipfel diese Woche in Brüssel verteidigen werde. Selenski bedankte sich hierfür ausdrücklich im Namen des ukrainischen Volkes.

Wie angekündigt, unterstützte Budapest das ukrainische und moldawische Gesuch dann auch am folgenden Gipfeltreffen des Europäischen Rates vom 23./24. Juni. Neben der EU-Mitgliedschaft für die Ukraine und Moldawien dürfte aber auch die Sache Georgiens und der Westbalkanstaaten nicht vergessen werden, betonte die ungarische Justizministerin Varga im Vorfeld. Ungarn unterstütze den EU-Kandidatenstatus von Georgien sowie von Bosnien und Herzegowina, zusätzlich zur Ukraine und Moldawien. Des Weiteren sollten neue Kapitel mit Serbien sowie Montenegro eröffnet, Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien begonnen und dem Kosovo visafreier Reiseverkehr gewährt werden, so der ungarische Standpunkt.

Die Förderung und Beschleunigung des Erweiterungsprozesses in den westlichen Balkanstaaten könne nicht länger warten, so die ungarische Kritik, da es im Interesse der gesamten EU und der Ungarn sei, die Sicherheit und Stabilität in der Region zu erhalten. „Natürlich müssen alle Länder die Beitrittskriterien erfüllen, einschließlich der Kopenhagener Kriterien, um den Schutz der traditionellen nationalen Minderheiten zu gewährleisten“, stellte

die ungarische Europaabgeordnete Kinga Gál mit einem Blick auf die ungarische Minderheit in der Karpatenukraine klar.

In den offiziellen Schlussfolgerungen des Gipfeltreffens wurde der Ukraine und der Republik Moldau der Status eines Bewerberlandes zuerkannt. Außerdem ist der Europäische Rat bereit, Georgien den Status eines Bewerberlandes zuzuerkennen, sobald die in der Stellungnahme der Kommission zum Beitrittsgesuch Georgiens genannten Prioritäten angegangen wurden. In der Westbalkanfrage folgte die EU-Entscheidung dem ungarischen Standpunkt zu einem uneingeschränkten und klaren Bekenntnis zur Perspektive einer EU-Mitgliedschaft des Westbalkans und rief dazu auf, den Beitrittsprozess zu beschleunigen. Der Europäische Rat zeigte sich bereit, Bosnien und Herzegowina den Status eines Bewerberlands zuzuerkennen, sobald es die nötigen Reformen umgesetzt hat.

### **Ungarn hilft Ukraine mit 3,5 Milliarden Forint**

Laut einem am 1. Juli im ungarischen Staatsanzeiger veröffentlichten Regierungsbeschluss wird Ungarn der kriegsgebeutelten Ukraine insgesamt 3,5 Milliarden Forint (mehr als 8,47 Millionen Euro) an Hilfe zukommen lassen. In der Begründung heißt es, dass die Regierung „damit einverstanden ist, dass Ungarn der Ukraine im Geiste der Solidarität zusätzliche Unterstützung gewährt“. Das Geld soll für zwei Zwecke verwendet werden, zum einen zur Unterstützung der Binnenflüchtlinge des Landes, zum anderen zum Wiederaufbau der Wirtschaft und Infrastruktur des Landes. 2,625 Milliarden Forint gelten dem Wiederaufbau der Wirtschaft und der Infrastruktur, die restlichen 875 Millionen Forint sollen zur Unterstützung der Binnenvertriebenen bereitgestellt werden. In dem von Viktor Orbán unterzeichneten Regierungsbeschluss wird Péter Szijjártó, Minister für Außenhandel und Auswärtige Angelegenheiten, eine Frist bis zum 31. Dezember 2024 gesetzt, um die „vollständige Vorbereitung, Koordinierung und Umsetzung“ der diesbezüglichen Aufgaben der Regierung sicherzustellen.

### **Frühjahrs-Eurobarometer-Umfrage**

Die EU veröffentlichte im Juni ihre jüngste Eurobarometer-Umfrage zur Zukunft der Union in Krisenzeiten. Viele EU-Bürger zeigen sich zunehmend besorgt, aber nicht ohne Zuversicht. Die Umfrage, die im April und Mai 2022 in den 27 EU-Mitgliedstaaten mittels 26.580 Interviews durchgeführt wurde, konzentrierte sich auf drei Aspekte, nämlich den Krieg in der Ukraine und seine wirtschaftlichen Auswirkungen auf die EU-Bürger, deren Einstellung zur EU sowie zu politischen Prioritäten und Werten sowie die Bereitschaft der Wähler, an den Wahlen zum Europäischen Parlament 2024 teilzunehmen.

Insgesamt zeigt die Eurobarometer-Umfrage, dass die EU-Bürger mit den Maßnahmen einverstanden sind, die die EU seit Beginn des Krieges in der Ukraine ergriffen hat, und dass die Krise die Unterstützung für die Europäische Union gestärkt hat. Gleichzeitig geben Inflation, hohe Preise und Veränderungen, die sich negativ auf den Lebensstandard der Menschen auswirken, Anlass zur Besorgnis und Verunsicherung, ein Trend, der seit der Corona-Krise anhält.

In Ungarn sprach sich die Mehrheit (67 Prozent) dafür aus, der Preisstabilisierung Vorrang vor der Verteidigung der gemeinsamen europäischen Werte einzuräumen (EU-Durchschnitt 39 Prozent). Im Hinblick auf die Haltung zu Russland nahmen 77 Prozent der Ungarn eine negative Haltung, 17 Prozent eine positive ein. Damit ist Russland noch hinter China das eindeutig unbeliebteste Land. Im Vergleich mit der EU kommt Russland jedoch um 7 bis 8 Prozentpunkte positiver weg. Die EU-Mitgliedschaft wurde von der Mehrheit der Ungarn positiv (60 Prozent) und nur von einer kleinen Minderheit negativ (5 Prozent) bewertet. Mit 34 Prozent zeigte ein größerer Teil der Ungarn ein gemischtes bzw. neutrales Bild. Damit stieg die eindeutige Zustimmung seit Herbst 2021 um 15 Prozentpunkte, sicherlich eine Reaktion auf die gemeinsame Bedrohung durch den Ukraine-Krieg. 80 Prozent der Ungarn hob die europäischen Gemeinsamkeiten vor den nationalen Unterschieden hervor.

Als wichtigsten Wert der EU benannte die meisten Ungarn analog zum EU-Durchschnitt die Demokratie. Auffällig hervor tat sich das ungarische Augenmerk auf der Freizügigkeit (6 Prozent mehr) und der Bewahrung nationaler Identitäten, Kulturen und Traditionen der EU-Mitgliedsstaaten (5 Prozent mehr) sowie das Recht, Asyl bei Verfolgung zu ersuchen (4 Prozent mehr). Eine deutlich weniger zentrale Rolle spielte für die befragten Ungarn die Gleichheit zwischen Mann und Frau (14 Prozent weniger; für die Durchschnittseuropäer am viertwichtigsten, für die Ungarn am unwichtigsten unter den erfragten Werten) ebenso wie die Rede- und Gedankenfreiheit (7 Prozent weniger; für die Ungarn nur Platz 4 statt Platz 2).

Ähnlich verhält es sich bei thematischen Schwerpunkten. Die Themen öffentliche Gesundheit, Migration und Asyl, Digitalisierung sowie die Zukunft Europas waren in Ungarn bspw. verhältnismäßig überdurchschnittlich vertreten. Die Themen Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung sowie Aktion gegen den Klimawandel spielten hingegen eine signifikant geringere Rolle als im Rest der EU.

### **NATO-Gipfel in Madrid**

Vom 28. bis zum 30. Juni trafen sich die Staats- und Regierungschefs der 30 NATO-Mitglieds- und Partnerstaaten zum Gipfeltreffen in der spanischen Hauptstadt Madrid. Angesichts des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine sollten die Weichen für die Zukunft der Allianz gestellt werden. Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán drängte erneut mit Nachdruck auf einen Waffenstillstand in der Ukraine und die schnellstmögliche Aufnahme von Friedensverhandlungen. Die ungarische Position lässt sich vor dem Hintergrund nachvollziehen, dass für Budapest, neben der sich verschlechternden Lage in der Ukraine, die daraus resultierende drohende Nahrungsmittelkrise, die Kriegsinflation und die sich abzeichnende Wirtschaftskrise zuoberst auf der Tagesordnungsliste stehen. Da Ungarn als Nachbarstaat unmittelbar von diesen Folgen betroffen ist, betonte Orbán die ungarische Position und Interessen: „Wir müssen uns aus diesem Krieg heraushalten. Die NATO ist eine Verteidigungsorganisation, und deshalb ist es wichtig, dass die NATO nicht in diesen Krieg hineingezogen wird. Wir müssen alles tun, was wir können, um den Frieden zu sichern.“ Nur ein Frieden könne die Inflation, Wirtschafts- und Nahrungsmittelkrise beenden, so Orbán. „Wenn Frieden herrscht, wird es auch wieder einen wirtschaftlichen Aufschwung geben. Wenn Frieden herrscht, wird es keine Inflation geben. Wenn es Frieden gibt, werden die Risiken, die Ungarns Sicherheit heute bedrohen, ein Ende haben.“

Frieden erfordere aber gleichzeitig Stärke. So wolle Ungarn seinen NATO-Verpflichtungen nicht nur vollumfänglich nachkommen, sondern die Modernisierung seiner Armee noch beschleunigen. Demnach kündigte der Ministerpräsident an, die ungarischen Militärausgaben im Einklang mit dem Beschluss des ungarischen Parlaments schon im Jahr 2023, also bereits ein Jahr früher als geplant, auf die innerhalb der NATO vereinbarten zwei Prozent des BIP anzuheben.

### **Verlängerung der Preissenkungen und Wirtschaftslage in Ungarn**

Am 16. Juni kündigte Ministerpräsident Viktor Orbán auf seinen sozialen Netzwerken die Entscheidung der ungarischen Regierung an, die derzeit aufgrund des Ukraine-Krieges geltenden Preisstopps für lebenswichtige Grundgüter des täglichen Bedarfs über die bisherige Frist hinaus zu verlängern. Diese wäre zum 1. Juli 2022 ausgelaufen. Die Verlängerung der Maßnahmen bedeutet im Einzelnen das Einfrieren der Lebensmittelpreise und die Verlängerung des Kraftstoffpreisstopps bis zum 1. Oktober 2022 wie auch ein Kreditmoratorium und das Einfrieren der Zinssätze bis zum 31. Dezember 2022.

Unterdessen kletterte die ungarische Inflation in zweistellige Höhen und näherte sich nach den letzten offiziellen Zahlen bereits der 11-Prozent-Marke an. Gegen Ende des Monats fiel der Forint dem Euro gegenüber auf ein historisches Tief. So kletterte er im Laufe des Monats mehrmals über die „magische“ 400er-Marke, um schließlich Anfang Juli den bisherigen Höchstwert von 413,19 Forint für einen Euro zu erreichen. Im Zeichen der Inflationsbekämpfung hob die Ungarische Nationalbank Ende Juni die Leitzinsen dann um 185 Basispunkte auf 7,75 % an, was die Erwartungen des Marktes weit übertraf. Zugleich erhöhte die Notenbank ihre Prognose der Inflationsraten für 2022 auf 11-12,6 %. Im März lag diese noch bei 7,5-9,8%. Grund hierfür seien unter anderem die fortwährend steigenden Energie- und Rohstoffpreise wie auch die globale Inflationssteigerung. Der Höhepunkt der Preissteigerungen werde für den Herbst erwartet. Nichtsdestotrotz erwartet die Nationalbank ein Wirtschaftswachstum von 4,5-5,5 % für das laufende Jahr, was vor allem dem Inlandskonsum zu verdanken sei.

### **Márton Gyöngyösi wird neuer Jobbik-Vorsitzender**

Der Europaparlamentarier Márton Gyöngyösi wurde am 2. Juli zum neuen Vorsitzenden der rechtsradikalen Jobbik-Partei gewählt, nachdem sein Vorgänger Péter Jakab sich Anfang Juni wegen parteiinterner Streitigkeiten von seinem Posten zurückzog. Gyöngyösi stellte der nach den Parlamentswahlen stark angeschlagenen Partei einen pro-europäischen, national-konservativen Kurs in Aussicht und gedenkt damit, eine Lücke im politischen Spektrum zu füllen. Fidesz und ihre „Satellitenpartei“ Mi Hazánk stünden deutlich rechts von Jobbik, die so eine Mitte-Rechts-Position einnehmen werde, so Gyöngyösi. Weiter sagte er, dass bei den kommenden EP-Wahlen Jobbik getrennt vom übrigen Oppositionsblock antreten werde, da es gravierende Unterschiede zwischen den europapolitischen Positionen der Oppositionsparteien gebe. „Jobbik ist die einzige Partei, die zu den Ideen und Idealen der Gründerväter der EU zurückkehren will“, erklärte der neue Parteivorsitzende.

Gyöngyösis Wahl sorgte bei jüdischen Vertretern im In- und Ausland und bei regierungsnahen Beobachtern für Kritik. Hintergrund ist, dass Gyöngyösi in der

Vergangenheit mehrfach offen antisemitische Aussagen tätigte, die zum Teil zu heftigen Reaktionen bis hin zu öffentlichen Großdemonstrationen gegen die Jobbik führten. Das bisher eklatanteste Beispiel hierfür ereignete sich im Jahre 2012, als Gyöngyösi vor dem Hintergrund der Spannungen im Gazastreifen die ungarische Regierung aufforderte, Listen von Juden (insbesondere ungarischen Politikern jüdischer Herkunft) zu erstellen, da diese ein „nationales Sicherheitsrisiko“ darstellen.



„Heil Marci!“ – Demonstration gegen die antisemitischen Äußerungen von Márton (Marci) Gyöngyösi im Dezember 2012 (Quelle: László Beliczay)

### Neue Kfz-Kennzeichen

Ab dem 1. Juli werden die neuen ungarischen Kennzeichen eingeführt, die eine andere Buchstaben- und Zahlenkombination aufweisen als die bisherigen. Die Neugestaltung dieser war notwendig, weil die bisherigen aus drei Nummern und drei Buchstaben bestehenden Kennzeichen in einigen Jahren nicht mehr ausgegeben werden hätten können. Die alten Nummernschilder müssen aber nicht durch die neuen ersetzt werden, da die neuen Schilder zunächst nur für in Ungarn neu zugelassene Fahrzeuge ausgegeben werden. Auf den Schildern wird auch das Wappen Ungarns abgebildet sein.



Quelle: MTI/Zsolt Demecs

## Hitzewelle in Ungarn

Ende Juni wurden in Ungarn an mehreren Orten Temperaturen von fast 40 °C gemessen, während vom 27. Juni bis zum 4. Juli landesweit die Hitzewarnung höchster Stufe galt. Den Temperaturrekord für den 1. Juli, der 1950 mit 41,3 °C in Csongrád erreicht wurde, überbot die diesjährige Hitzewelle indes nicht. Dafür war der Juni 2022 der drittheißeste Juni seit dem Jahre 1901, wie der Nationale Wetterdienst mitteilte. Die höchste je in Ungarn gemessene Temperatur wurde am 20. Juli 2007 im südungarischen Kiskunhalas gemessen, als das Thermometer auf 41,9 °C kletterte.

## Neuigkeiten vom Deutsch-Ungarischen Institut

### *Veranstaltungen im Juni*

Der Sammelband „**Der ungarische Staat – ein interdisziplinärer Überblick**“ wurde nun bereits zum zweiten Mal in Deutschland vorgestellt. Am Dienstag, den **14. Juni 2022**, diskutierten **Dr. Zoltán SZALAI** und **Dr. Klaus-Rüdiger MAI** das Buch vor mehr als 60 Gästen im **Liszt-Institut** zu **Stuttgart**. Einen Kurzbericht können Sie auf Homepage der [Budapester Zeitung](#) lesen, für einen ausführlicheren Einblick in die Veranstaltung lohnt sich ein Besuch auf unserer [Website](#).



v.l.n.r.: Dr. Zoltán Szalai (Generaldirektor des MCC und Herausgeber des Buches), Dr. Klaus-Rüdiger Mai (Schriftsteller und Publizist), Kinga Dörstelmann-Fodor (Moderation) Quelle: Péter Fenyvesi

Am **21. Juni 2022** fand im **MCC-Bildungszentrum in Fünfkirchen/Pécs** eine mit rund 40 Personen gut besuchte Podiumsdiskussion zum Thema „**Freundschaft oder Interessen? Entwicklungen der deutsch-ungarischen Beziehungen**“ statt. **Bence BAUER**, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts, **Zoltán SZALONNA**, Bürgermeister von Véménd und Mitglied der ungarndeutschen Gemeinschaft sowie **Buda ZALAY**, Wirtschaftsvertreter und Leiter der HR-Abteilung der Firma Körber Hungária Kft, blickten gemeinsam auf die Beziehungen zwischen Deutschland und Ungarn. Wenn Sie mehr über die aktuellen Fragen



des deutsch-ungarischen Tandems wissen möchten, empfehlen wir Ihnen den [Veranstaltungsbericht](#) zur Podiumsdiskussion.

Als eine der Abschlussveranstaltungen des einjährigen ungarischen Vorsitzes der Visegrád-Gruppe organisierte das **Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit** gemeinsam mit der **Andrássy Universität Budapest**, der **Konrad-Adenauer-Stiftung**, dem **Institute of Public Affairs**, der **Metropolitan Universität Prag** und der **Paneuropäischen Universität** vom **22. - 24. Juni 2022** die Konferenz „**V4+Deutschland: Die Umsetzung des European Green Deal - Möglichkeiten und Herausforderungen**“. An der dreitägigen Konferenz nahmen Wissenschaftler, Fachpolitiker sowie ca. 40 Studierende aus fünf Ländern, den V4-Staaten und Deutschland teil. Den Bericht und Fotos zur Konferenz finden Sie [hier](#).

Am **27. Juni 2022** fand auf **Schloss Almásy in Gyula** eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „**Deutschland im Wandel: neue Herausforderungen in der Innen- und Außenpolitik**“ statt, die gemeinsam vom **MCC-Bildungszentrum in Békéscsaba** und dem **Deutsch-Ungarischen Institut** organisiert wurde und an der rund 30 Personen teilnahmen. Details zur Veranstaltung können Sie [hier](#) abrufen.

### *Bevorstehende Veranstaltungen*

Das **MCC Feszt** war im vergangenen Jahr die Königin der Veranstaltungen des Mathias Corvinus Collegiums. Seine Fortsetzung findet dieses Jahr erneut in **Esztergom** statt, zwischen dem **28. und 30. Juli 2022**. Für weitere Informationen lohnt sich ein Besuch auf unserer [Website](#), denn auch das Deutsch-Ungarische Institut wird mit einem Stand und abwechslungsreichen Programmen alle Interessierten empfangen.

Zur Vertiefung der deutsch-ungarischen Beziehungen veranstalten das **Deutsch-Ungarische Institut** für Europäische Zusammenarbeit, die **Konrad-Adenauer-Stiftung** und die **Deutsch-Ungarische Gesellschaft** in der Bundesrepublik Deutschland e.V. vom **13. bis zum 17. August** ein **Summer Camp für politisch engagierte junge Erwachsene**. Im Rahmen des Programms werden interaktive Workshops und eine Reihe interessanter Vorträge und spannende Diskussionen mit Experten über die deutsch-ungarische Freundschaft im gesamteuropäischen Kontext stattfinden.

#### Summer Camp für politisch engagierte junge Erwachsene

### DEUTSCHLANDS UND UNGARNS ZUKUNFT IN EUROPA

**DATUM:**

13. - 17. 08. 2022

**ORT:**

RÉVFÜLÖP (BALATON)

**ORGANISIERT VON:**



Interesse geweckt? Die [Möglichkeit zur Anmeldung](#) noch **bis zum 10. Juli** und weitere Details können Sie auf unserer Website finden.

## Veröffentlichungen

„In den europäischen Debatten wird viel zu häufig übersehen, dass Ungarn mit seiner manchmal eigenwilligen und für viele westeuropäische Beobachter gewöhnungsbedürftigen Politik gerade nicht für Unfreiheit und Unterdrückung, sondern für Freiheit und Freiheitswillen steht.“ – schreibt **Bence BAUER** in seiner jüngsten Analyse „**Der Freiheitsdrang der Ungarn in Politik und Alltagsleben - Individualismus und Freiheitsbegriff im ungarischen Denken**“, die Sie auf unserer [Homepage](#) erreichen können. Eine gekürzte Version erscheint morgen in der neuesten Ausgabe der deutschen Wochenzeitung Tagespost.

In seinem Artikel in der Budapester Zeitung vom 10. Juni schreibt Institutsleiter **Bence BAUER** über die Beziehungen von Polen und Ungarn zu Russland im Angesicht des Ukraine-Krieges. „Während Ungarn einen behutsamen und besonnenen Weg des Ausgleichs sucht, streitet Polen tapfer mit dem ukrainischen Volk um Selbstbestimmung und Selbstverteidigung.“ – analysiert Bauer, dessen Artikel „**Die Gretchenfrage der V4**“ von höchster Aktualität ist. Folgen Sie diesem [Link](#), um auf die Homepage der Budapester Zeitung zu gelangen.

MCC Visiting Fellow **Prof. Dr. Werner PATZELT** schrieb vor Kurzem für die neueste Ausgabe der zweimonatlich erscheinenden [Hungarian Conservative](#). Den Artikel „**German Conservatism and Its Intellectual Challenges**“ haben wir für unsere Leser unter diesem [Link](#) kostenfrei zugänglich gemacht.

„Je tiefer Europa in die Abwärtsspirale von Krieg und ökonomischer Krise hineinrutscht, desto unversöhnlicher werden die Positionen und größer die Spannungen. Was bleibt, wenn wir von den tagespolitischen Querelen zurücktreten und unseren Blickwinkel erweitern?“ – schreibt DUI-Mitarbeiter **Alexander RASTHOFER** in seinem Artikel „**Europa vor der Zerreißprobe**“ im Magazin der **Budapester Zeitung**. [Hier](#) der Link zum Artikel.

## BESUCHSTIPP



Ethnographisches Museum – Quelle: MIT/Zoltán Máthé

Wer sich trotz oder wegen der heißen Juliwochen nach Budapest begeben sollte, dem empfehlen wir wärmstens den Besuch des **Ethnographischen Museums** im Stadtwäldchen (Városliget), einen Katzensprung vom Heldenplatz entfernt. Das in die Natur eingebettete, hochmoderne Gebäude wurde am 23. Mai 2022 eingeweiht und bildet einen der wichtigsten Pfeiler des Liget-Projekts, mit dem das lange Zeit vernachlässigte Stadtwäldchen aufgehübscht und als Museumsviertel eine Widergeburt erfahren soll. Die Ausstellungsflächen des Ethnographischen Museums, welches zuvor am Kossuth Platz stand, wurden verdreifacht. Schon jetzt gilt das Museum als eines der neuen Wahrzeichen Budapests.

---

Der **Monatsbrief Ungarn** wird auch in der Folge immer am ersten Mittwoch des Monats in Ihrem E-Mail-Fach zu finden sein.

Impressum: Deutsch-Ungarisches Institut für Europäische Zusammenarbeit

Direktor: Bence Bauer

Zuständige Mitarbeiter: Martin Josef Böhm, Alexander Rasthofer

Büro: 1113 Budapest, Tas Vezér u. 3-7

Postadresse: 1518 Budapest, Pf. 155

Web: <https://www.deutsch-ungarisches-institut.hu/>

E-Mail: [mni@mcc.hu](mailto:mni@mcc.hu)